

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Daweke, Graf von Waldburg-Zeil, Oswald, Rossmanith, Dr. Rose, Werner (Ulm), Kolb, Börnsen (Bönstrup), Seesing, Gerstein und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU

sowie der Abgeordneten Neuhausen, Dr.-Ing. Laermann, Kohn, Timm, Dr. Thomae, Rind, Nolting, Zywiets, Richter und der Fraktion der FDP

Zur Weiterentwicklung der dualen Berufsausbildung

Das duale System der Berufsausbildung hat sich seit dem Inkrafttreten des Berufsbildungsgesetzes vor 20 Jahren gefestigt und als ein berufliches Qualifizierungssystem für die Mehrheit der Jugend qualitativ und quantitativ bewährt. Die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe, Praxen und Verwaltungen ist erheblich gestiegen; der Anteil der Auszubildenden an den Beschäftigten hat von knapp 6 v.H. Anfang der 70er Jahre auf heute knapp 9 v.H. oder um 500 000 Ausbildungsplätze zugenommen. Statt rd. 50 v.H. absolvieren heute knapp 70 v.H. aller Jugendlichen eine duale Berufsausbildung. Der Anteil der jungen Frauen an den Auszubildenden ist von rd. 35 v.H. 1970 auf heute rd. 42 v.H. gestiegen. Heute absolvieren statt knapp 40 v.H. fast 57 v.H. aller jungen Frauen eine duale Ausbildung. Der Anteil der jungen Erwachsenen ohne berufsqualifizierenden Abschluß ist von knapp 30 v.H. vor 20 Jahren auf rd. 10 v.H. gesunken.

Es ist ein eindrucksvoller Beweis für die Leistungsfähigkeit und Attraktivität des dualen Systems, daß dies trotz geburtenstarker Jahrgänge, einer zunehmenden Zahl ausländischer Jugendlicher im ausbildungsfähigen Alter und einer erheblich gestiegenen Ausbildungsplatznachfrage gelungen ist.

Rasche Veränderungen in Wirtschaft und Technik, Herausforderungen des Europäischen Binnenmarktes, die Bedeutung des Standortfaktors Qualifikation für die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland, die zunehmenden Arbeitsmarktrisiken minderqualifizierter Arbeitskräfte, der steigende Fachkräftebedarf und die sinkende Zahl von Nachwuchskräften erfordern eine gezielte Weiterentwicklung der beruflichen Bildung auch für die Zukunft. Hierfür sind besondere Anstrengungen aller an der Berufsausbildung Beteiligten erforderlich, die sich an gemeinsamen Perspektiven orientieren.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

1. Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung der demographischen Entwicklung, wirtschaftsstrukturellen und technischen Veränderungen sowie Änderungen im Bildungsverhalten der jungen Generation für die weitere Entwicklung des Berufsbildungssystems bei? Welche Schwerpunkte will die Bundesregierung angesichts dieser Entwicklung in den nächsten Jahren der Berufsbildungspolitik setzen?
2. Wie bewertet die Bundesregierung die gegenwärtigen Ausbildungsstrukturen im dualen System im Hinblick auf den gegenwärtigen und zukünftigen Fachkräftebedarf? Welchen Stellenwert mißt die Bundesregierung hierbei vollzeitschulischen Berufsbildungsangeboten bei?
3. Hält es die Bundesregierung für notwendig und möglich, bessere Voraussetzungen für die Berufsorientierung und Berufswahl junger Menschen zu schaffen?
4. Durch welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung die Attraktivität der dualen Berufsausbildung zu erhöhen?
5. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat mehrfach die Errichtung eines Begabtenförderungswerkes für die berufliche Bildung angekündigt.
Wie und wann soll diese Absicht verwirklicht werden?
6. Was geschieht und welche weiteren Maßnahmen sind geplant, um bisher in der dualen Berufsausbildung unterrepräsentierten Gruppen bessere Ausbildungschancen zu eröffnen? Auf welche Weise soll das Berufswahlspektrum für junge Frauen erweitert werden?
7. An welchen Grundsätzen orientiert sich die Bundesregierung für die inhaltliche Gestaltung dualer Berufsausbildung?
8. Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die rd. 1 Mio. Jugendlichen ohne abgeschlossene Berufsausbildung durch berufliche Qualifizierung mit besseren Chancen auf dem Arbeitsmarkt auszustatten?
9. Hält die Bundesregierung die derzeitige Gliederung in berufliche Grundbildung und berufliche Fachbildung für auch künftig tragfähig oder erwägt sie andere Konzepte zur Realisierung der in § 1 Abs. 2 Berufsbildungsgesetz festgelegten Ziele der Berufsausbildung, ggf. welche?
10. Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um eine rasche Anpassung der Ausbildung in den einzelnen Berufen an veränderte Anforderungen der Arbeitswelt zu gewährleisten? Was ist beabsichtigt, um die Modernisierung der Ausbildungsordnungen und ihre Abstimmungen mit den Rahmenlehrplänen für die Berufsschulen zu beschleunigen?
11. Was gedenkt die Bundesregierung für die Stärkung der Ausbildungsqualität in kleineren und mittleren Betrieben zu tun, und welche Rolle kommt dabei überbetrieblichen Berufsbildungsstätten zu?
12. Welche Aufgaben haben Berufsschule und Betrieb in einer zukunftsorientierten dualen Berufsausbildung, und welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, damit sie ihren Auftrag optimal erfüllen können?

13. Wie gedenkt die Bundesregierung die fachliche und berufspädagogische Qualifikation der Ausbilder für die Berufsausbildung auf Dauer zu sichern?
14. Welche Auswirkungen der Entwicklung der europäischen Integration erwartet die Bundesregierung auf die Berufsausbildung im dualen System? Welchen Beitrag kann dieses System zur Sicherung beruflicher Qualifikation und im Rahmen der Freizügigkeit leisten?
15. Welchen Beitrag sollen nach Auffassung der Bundesregierung die Berufsbildungsforschung und die Förderung von Modellversuchen zur Weiterentwicklung des dualen Systems leisten? Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um diesen Beitrag zu gewährleisten?

Bonn, den 2. Januar 1990

Daweke
Graf von Waldburg-Zeil
Oswald
Rossmanith
Dr. Rose
Werner (Ulm)
Kolb
Börnsen (Bönstrup)
Seesing
Gerstein
Austermann
Böhm (Melsungen)
Bühler (Bruchsal)
Carstensen (Nordstrand)
Engelsberger
Feilcke
Ganz (St. Wendel)
Frau Geiger
Günther
Harries
Haungs
Hauser (Esslingen)
Herkenrath
Hinrichs
Hinsken
Höffkes
Hörster
Dr. Hoffacker
Dr. Jobst
Jung (Limburg)
Jung (Lörrach)
Kalisch
Dr.-Ing. Kansy
Dr. Kappes
Kossendey
Krey

Dr. Kunz (Weiden)
Frau Limbach
Louven
Lowack
Frau Männle
Marschewski
Dr. Möller
Müller (Wadern)
Müller (Wesseling)
Frau Rönsch (Wiesbaden)
Sauer (Salzgitter)
Sauer (Stuttgart)
Sauter (Ichenhausen)
Schemken
von Schmude
Schwarz
Dr. Schwörer
Spilker
Dr. Stark (Nürtingen)
Susset
Wilz
Frau Dr. Wisniewski
Zeitlmann
Dr. Dregger, Dr. Bötsch und Fraktion

Neuhausen
Dr.-Ing. Laermann
Kohn
Timm
Dr. Thomae
Rind
Nolting
Zywietz
Richter
Mischnick und Fraktion

